

Filmfestival war »geschiert«

Die *Nationale Anti-Korruptions-Kommission* (NACC) hat Untersuchungen bezüglich der Vorwürfe, dass die ehemalige Direktorin der Tourismus-Behörde von Thailand, Juthamas Siriwan, Bestechungsgelder von einem US-Film- Ehepaar angenommen hat, abgeschlossen.

Neben der Untersuchung prüft die NACC jetzt auch die Erklärung von Juthamas, in der sie sich gegen den Vorwurf der Bestechung verteidigt. Seit ihrer Anklage Ende

Mai 2010 ist Juthamas vor dem NACC noch nicht persönlich in Erscheinung getreten, sondern hat stattdessen eine Erklärung abgegeben. Nun wird die Kommission die Ergebnisse der Untersuchung sowie der Prüfung von Juthamas Aussage an die Hauptdirektion der NACC leiten, damit ein endgültiges Urteil gefällt werden kann. Die Filmemacher Gerald Green und seine Ehefrau Patricia hatten Juthamas über 1.800.000 US-

Dollar gezahlt, um sich das Filmfestival und Angebote der Tourismusbranche zu sichern. Das brachte ihnen mehr als 13.000.000 US-Dollar ein. Das Paar wurde in den USA bereits zu sechs Monaten Gefängnis, Hausarrest und einer Geldstrafe verurteilt. Auch Juthamas und ihre Tochter wurden in den USA wegen Verschwörung und acht weiteren Punkten angeklagt.

vgl. www.bangkokpost.net, 14.8.2010

Grenzstreitigkeiten

Nachdem der kambodschanische Premier Hun Sen in einem Schreiben an die Generalversammlung der Vereinten Nationen (UN) dem thailändischen Premier Abhisit Vejjajiva vorwarf, die Grenzprobleme um dem Tempel Preah Vihear mit militärischer Gewalt lösen zu wollen, stellte dieser in einem Brief an die UN die Position Thailands klar. So will das Land eine friedliche Lösung der Grenzstreitigkeiten mit Kambodscha. Mit dem Schreiben wollte der thailändische Premier auch bekräftigen, dass Thailand und Kambodscha weiterhin eine bilaterale Zusammenarbeit unterhalten wollen, auch wenn die Beziehung der beiden Länder nicht immer »reibungslos« verlief. Abhisit machte in dem Schreiben deutlich, dass man an den Prinzipien der UN festhält und Probleme friedlich gelöst werden. Er fügte hinzu, dass es nicht erforderlich sei, dass Drittländer in dem Streit intervenieren. Im Gegensatz dazu, hat Kambodschas Premierminister Hun Sen angekündigt, dass er ein multilaterales Forum einschalten will. Entweder die UN oder die ASEAN soll dabei helfen, die thailändische Regierung zur Anerkennung eines Management-Plans für die Tempelanlage zu bewegen.

vgl. <http://enews.mcot.net>, 11.8.2010

Abhisit fordert Rückzug

Mitte August 2010 forderte der thailändische Premier Abhisit Vejjajiva kambodschanische Bürger dazu auf, das umstrittene Grenzgebiet, das in den letzten Jahren Mittelpunkt tödlicher Zusammenstöße war, zu verlassen. »Sie haben die Grenze überschritten, also haben wir das Recht unsere Souveränität zu verteidigen,« so Abhisit. Der kambodschanischen Premier Hun Sen warnte bereits davor, dass die Grenzstreitigkeiten mit Thailand »sehr brenzlig« seien und in Gewalt ausarten könnten. Er warf Thailand schwere Verstöße gegen die UN-Charta vor. Der Internationale Gerichtshof entschied 1962, dass der Tempel Preah Vihear zu Kambodscha gehört, obwohl der Haupteingang in Thailand liegt. Die genaue Grenze durch das umliegende Gelände ist heftig umstritten. Die Grenze zwischen Thailand und Kambodscha wurde nie vollständig abgegrenzt, weil das Gebiet mit Landminen, die noch aus den Zeiten des Krieges in Kambodscha stammen, übersät ist. Seitdem der Tempel im Juli zum UNESCO-Welterbe erklärt wurde, gab es immer wieder Spannungen mit tödlichem Ausgang.

vgl. *AFP*, 11.8.2010

Schwarze Leggings gefährden Gesundheit

Die Gesundheitsbehörde in Thailand drängt junge Frauen dazu, auf das Tragen von modischen schwarzen Leggings zu verzichten. Diese ziehen die unerwünschte Aufmerksamkeit von Dengue-Mücken auf sich. »Es ist besorgniserregend wie sich die jungen Leute heutzutage kleiden,«, sagte der stellvertretende Gesundheitsminister Pansiri Kulanartiri in einer Erklärung Anfang August 2010. Er warnte vor dem Ausbruch des Dengue-Fiebers und wies darauf hin, dass Moskitos durch dunkle Kleidung angezogen werden.

Thailand verzeichnete in den ersten sieben Monaten diesen Jahres bereits 43 Tote und mehr als 45.000 Fälle von Dengue-Fieber, das ist eine Steigerung von rund 40 Prozent im Vergleich zu den 31.929 Fällen und 30 Toten im Vorjahr. Fälle von Dengue-Fieber steigen in der Regel während der Regenzeit von Juni bis September. Da 26 der 43 Toten im Alter zwischen zehn und vierundzwanzig waren, warnte die Gesundheitsbehörde über die vor den Gefahren des »must-have« Modeartikels von Mädchen und jungen Frauen. Pansiri nannte schwarze Leggings ein »koreanisches Mode-Phänomen«.

vgl. *AP*, 9.8.2010

nachrichten

thailand

Gerichtshof pfändet Thaksins Vermögen

In einer außerordentlichen Plenarsitzung hat Thailands Oberster Gerichtshof die Berufung von Thaksin Shinawatras Verteidigung abgelehnt und umgerechnet 1.400.000 US-Dollar des flüchtigen »Ministerpräsidenten« beschlagnahmt. Das Gericht wies die Beschwerde ab, da die Verteidigung keine neuen Beweise vorgelegen konnte. Das Geld wurde von der Regierung verwaltet. Aufgrund einer früheren Entscheidung des Gerichts, dass Thaksin diesen Betrag während seiner Amtszeit als Premierminister illegal dazu verdient hat, wurde das Geld von der Regierung allerdings nicht erschöpft. Wie die Regierung das Geld nutzen wird, ist noch offen. Berater sagen, dass es dazu verwendet werden soll, den Haushalt des Landes wieder ins Gleichgewicht zu bringen.

vgl. www.aseanaffairs.com, 12.8.2010

Illegaler Delfinhandel

Die Autobahn-Polizei hat drei Männer festgenommen, die illegal zwei Chinesische Weiße Delfinweibchen in einem Lieferwagen aus Trang an einen Zoo in Chon Buri liefern wollten. Die Polizei fand die zwei Meter großen Delfine in einem sehr schlechten Zustand vor. Nach einem Aufenthalt in einem Forschungszentrum für Meeresbiologie, wo sie gepflegt wurden, brachte man sie zurück ins Meer. Delfine stehen in Thailand unter Artenschutz. Der Umweltaktivist Pisit Charnsanoh sagte, dass die Wale offensichtlich im Meer vor Trang gefangen wurden und an lokale Händler verkauft worden sind, die sie dann zu den Käufern in Übersee oder Unternehmern in Ost-Thailand bringen, wo die Tiere als Touristenattraktionen dienen.

vgl. www.bangkokpost.net, 14.8.2010

Rothemden angeklagt

Die Generalstaatsanwalt hat 19 der 25 Anführer und Unterstützer der Rothemden Bewegung *Vereinigte Front für Demokratie gegen Diktatur* (UDD) wegen Terrorismus angeklagt und belastet diese im Zusammenhang mit den politischen Unruhen von April bis Mai 2010 in Bangkok und einigen Provinzen. Die Fälle konzentrieren sich alle auf die Stürmung des Parlaments am 7. April 2010 sowie die Anstiftung von Anhängern der Rothemden zu Demonstrationen in den Monaten April und

Mai, die zu Gewalt und Toten sowie Schäden an öffentlichen Gebäuden und Kaufhäusern führten. Ab Mitte August 2010 sollen die Anhörungen stattfinden. Die übrigen sechs Mitglieder konnten noch nicht angeklagt werden, da sie sich noch auf freiem Fuß befinden. Darunter ist auch Thaksin Shinawatra. Er habe den Protest der Rothemden finanziert, der dazu führte, dass am 19. Mai neunzig Menschen starben.

vgl. www.mcot.net, 11.8.2010

Mindestlohn nach Fähigkeiten

Die Ministerien für Arbeit und Industrie wollen einen Gesetzesentwurf vorantreiben, der besagt, dass Mindestlöhne für ArbeitnehmerInnen auf Grundlage ihrer Fähigkeiten bestimmt werden.

Nach dem Entwurf würde das Arbeitsministerium ArbeitnehmerInnen prüfen und ihnen danach einen, ihren Fähigkeiten angepassten, Mindestlohn zahlen. Dieses System würde das Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt besser regeln, so der Direktor des Arbeitsministeriums Santi Bamrungkunakorn. Derzeit ist der Mindestlohn,

unabhängig von den Fähigkeiten der ArbeitnehmerInnen, sehr gering. Ein garantierter Mindestlohn würde ArbeitnehmerInnen einen Anreiz geben, sich zu verbessern und somit einen Mangel an höher qualifizierten Arbeitskräften verhindern. Jamras Chailungka, ein ArbeitnehmerInnen-Vertreter, ist der Meinung, dass der derzeitige Mindestlohn, angesichts der Lebenshaltungskosten, unzureichend ist. Um Kosten zu decken, sind Arbeitskräfte oft bereit, Überstunden zu leisten. Dies kann auch der Gesundheit schaden, so Jamras.

vgl. www.bangkokpost.net, 14.8.2010

Ölbohrungen vor Samui

Thailand plant, die Ölbohrungen vor der Küste der beliebten Urlaubsinsel Ko Samui trotz Protesten von Umweltschützern und der Tourismusindustrie fortzusetzen, trotz Protesten von Umweltschützern und der Tourismusindustrie. »Wir klagen, wenn die Regierung die Konzession der verantwortlichen Ölunternehmen nicht für nichtig erklärt«, sagte Srisuwan Janya, der Präsident der thailändischen Stop Global Warming Association. Es schade dem Ökosystem der Insel und untergrabe die Reputation der Insel als umweltfreundliches Urlaubsziel. Anfang

August 2010 versammelten sich rund 10.000 Menschen auf Ko Samui, um gegen die Bohrungen zu protestieren. Der Energieminister Wannarat Channukul beteuerte, dass das Risiko einer Ölkatastrophe, wie von BP ausgelöst, sehr gering sei. Kritiker sagen, dass die Risiken der Bohrungen den Gewinn nicht wert seien. »Das Bild von Ko Samui als ein vom Ökotourismus geprägtes Ziel wäre damit Vergangenheit,« sagte Bannasat Ruangjan, der Präsident der Samui Tourism Association.

vgl. AP, 5.8.2010

nachrichten